

© **Neue Zürcher Zeitung; 30. November 2012**

Ausgaben-Nr. 280 Seite 15  
Zürich und Region (zh)

swissdox.ch

## Gemeinden sollen an Uferwege zahlen

### Die Zürcher Regierung weicht trotz Kritik von ihrem Vorschlag nicht mehr ab

*Einen Fünftel der Baukosten sollen die Standortgemeinden selber an Uferwege zahlen: Die Regierung bleibt bei ihrem Vorschlag, das Initiativkomitee «Zürisee für alli» ist enttäuscht.*

asü. · Julia Gerber Rüegg wittert einen Geheimplan. Die Wädenswiler SP-Kantonsrätin, die sich im Komitee «Zürisee für alli» für einen durchgehenden **Uferweg** starkmacht, ist gar nicht glücklich über das Vorgehen der Regierung. Diese hat am Donnerstag bekanntgegeben, wie sie den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative umsetzen will, den der Kantonsrat im August 2011 beschlossen hatte. Der Regierungsrat bleibt wie im Vernehmlassungsentwurf angetönt dabei, dass die Standortgemeinden 20 Prozent an die Baukosten von Uferwegabschnitten zahlen müssen. Gerber Rüegg kritisiert: «Ich habe den Verdacht, dass so der Widerstand der Gemeinden gegen die Vorlage provoziert werden soll.» Die Erstellung des Uferwegnetzes sei grundsätzlich Aufgabe des Kantons. Die Gemeinden könnten nach Gerber Rüeggs Vorstellung finanziell höchstens verpflichtet werden, wenn sie den Weg zum Beispiel mit Bänken aufwerten wollten.

Nichts zu deuteln gibt es am Auftrag des Gegenvorschlags, jährlich mindestens 6 Millionen Franken für den Bau von Uferwegen im Kanton Zürich zu budgetieren, zwei Drittel davon für Projekte am Zürichsee. Nur unklar ist im Gegenvorschlag dagegen formuliert, dass die Standortgemeinden «im Verhältnis zum Mehrwert» an den Kosten beteiligt werden sollen. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass nur ein gesetzlicher Regelbeitragssatz die nötige Rechtssicherheit sowie Einfachheit bei der Umsetzung schaffe. Mit 20 Prozent beteiligen müssen sich die Gemeinden laut dem Vorschlag allerdings nur, wenn ein Wegabschnitt in unmittelbarer Nähe des Ufers verlaufe oder die Erschliessung öffentlicher Anlagen am Gewässer verbessere und er einen hohen Erholungswert aufweise. Voll vom Kanton übernommen werden soll allfällig nötiger Landerwerb. In den Kantonsrat kommt das Geschäft im Laufe des nächsten Jahres.

Schon jetzt ist klar: Es wird grossen Widerstand geben. Laut Regierungsrat lehnten in der Vernehmlassung diverse Befragte die Vorlage grundsätzlich ab: So die FDP, die SVP, die EDU, der Hauseigentümerverband, der Verein Zürichsee-Landschaftsschutz sowie die Gemeinden Höri, Meilen und Oberrieden. Die FDP teilt mit, sie behalte sich ein Referendum vor, «sollte die Vorlage vom Kantonsrat nicht in wesentlichen Punkten verbessert werden – sei es etwa in Bezug auf den Eigentumsschutz oder in Bezug auf die ökologische und finanzielle Verhältnismässigkeit». Auch die SVP gibt an, dass sie ein Referendum prüfe. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen die SP, die Grünen, der Zürcher Gemeindepräsidentenverband und unter anderem die Gemeinden Zürich, Herrliberg, Küsnacht und Wädenswil. Sie unterstützen zwar die Budgetierungsvorgabe des Gegenvorschlags, lehnen aber die Pflichtbeiträge der Gemeinden ab.